

BEKANNTE GESICHTER. Der Bund der Vertriebenen bietet NPD-Ordern neue Heimat. Als der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vertriebenen-Vizepräsident Herbert Hupka auf Einladung seines Hamburger Landesverbands vorletzten Freitag in der Kleinen Musikhalle der Hansestadt über „Selbstbestimmung für das deutsche Volk“ referierte, brauchte er linken Protest nicht zu fürchten: Hamburgs Innenbehörde hatte potentielle Demonstranten vor Aktionen gewarnt, weil von den örtlichen Bündlern 80 NPD-Ordner zum Hupka-Auftritt (zirka 500 Besucher) verpflichtet worden seien. Tatsächlich machte der stellvertretende Bundesjugendring - Vorsitzende Gerhard Weber in der Ordnungsriege „bekannte NPD-Gesichter“ aus und bemerkte „Plaketten der ‚Aktion Widerstand‘ an den Revers“.

SCHATTEN-SPRINGEN. Ein Ghetto für Gastarbeiter planen Hamburgs Bauunternehmer. Weil „wir unter Druck stehen“ und „das ein prima Vorschlag ist“, wollen die örtlichen Behörden „bald über den eigenen Schatten springen“ (so der

zuständige Baudirektor Arthur Dähn). Entspannung auf dem Wohnungs-Markt versprechen sie sich von zwei Wohnheim-Anlagen für 300 und 700 Gastarbeiter — auf Staatsgrund in Hamburg-Billbrook, derzeit noch als Industriegelände ausgewiesen. Zwar soll das Groß-Projekt für „700 Leute mit allem Komfort“ (Dähn) ausgestattet werden, doch ist fraglich, „ob die so hohe Mieten eintreiben können“. Nach einer Plan-Skizze des einheimischen Architektenbüros Nagel und Allers sind die vier- bis siebenstöckigen Gebäude (Bauzeit: ein Jahr, Kosten: 12 Millionen Mark) in „Wohneinheiten“ mit Ein- und Zweibettzimmern segmentiert. Der Entspannung sollen Swimming-pool, Mini-Sporthalle und ein Festsaal dienen. Architekt Günther Nagel: „Die Finanzierung ist gesichert. Bund und Stadt werden sich wohl finanziell beteiligen.“ Kommentar des griechischen Vertrauensmannes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christos Tsolodimos: „Nach Feierabend wollen uns die Deutschen vergessen, aber in Billbrook wird es trotzdem angenehmer als in teuren Kellerlöchern.“

TEURES PHANTOM. Der geplante Kauf von 175 doppelsitzigen Aufklärungsflugzeugen vom Typ RF-4 E Phantom kommt die Bundesregierung teuer zu stehen. Ein Exemplar des Starfighter-Ersatzes kostet bei einem Kaufpreis von 18 Millionen Mark in zehn Betriebsjahren inklusive Wartung, Ersatzteilen und Pilotenausbildung rund 100 Millionen Mark. Interner Zahlenvergleich im Verteidigungsministerium — wenige Wochen vor der endgültigen Entscheidung über den Ankauf der US-Jets: Der Gesamtpreis der Phantom-Flotte ist fast so hoch wie die Etats für Verkehr, Post und Landwirtschaft in einem Jahr.

STIFTER-WUNSCH. Die rechte „Deutschland-Stiftung“ wurde mit einem Kandidaten für die diesjährige Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise nicht handelseinig. Ihr Auserwählter für die Sparte Publizistik — der Bonner Redakteur des konservativen „Rheinischen Merkur“, Paul Wilhelm Wenger — hatte das Angebot, Ende April in Kissingen mit der 10 000-Mark-Ehrung ausgezeichnet zu werden, zwar zunächst akzeptiert, „aber vier Wochen später“ — so Wenger — „wurde ich auf einmal um eine Oberländer-Rechtfertigung gebeten, und da mußte ich dann ablehnen“. Grund: Der „Merkur“-Schreiber hatte 1959 die „intellektuelle Mitverantwortung“ des (von 1953 bis 1960) CDU-Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer an Judenerschießungen 1941 in Lemberg angeprangert und damit nach eigener Meinung „seinen Sturz verursacht“. Wenger-Vision: „Bei der Preisverleihung hätte Oberländer womöglich in der ersten Reihe gesessen.“

KIRCHEN-LAGER. Ausrangierte Kirchen bereiten hessischen Kommunen Kopfzerbrechen. Die zu meist kunsthistorisch wertvollen Fachwerke — den Ortsämtern nach Neubauten von den Evangelischen Landeskirchen Kurhessen-Waldeck und in Hessen und Nassau als Geschenk überlassen — werden nach Beobachtungen des Lektors für französische Sprache und Kultur an der Marburger Philipps-Universität, Jean Chanel, „oft als Lagerhallen für Zementsäcke benutzt“. Der Kunstgeograph, der bisher 13 verlassene Gotteshäuser registrierte, empfahl ihren Ausbau zu Konzert- und Vortragssälen oder Freilichtmuseen. Chanel: „Die Bürgermeister fürchten, daß daraus auch Restaurants oder Beatschuppen werden.“

GEWISSE DINGE. Eine Welle „teurer Auslandsreisen“ erregte den Unmut des schleswig-holsteinischen Landesrechnungshofs. So monierte er beim Ausflug einer Landesbank-Delegation zu einem Sparkassenkongreß in Sydney be-



Ein Spionage-Happening

veranstalteten elf Mitglieder der amerikanischen Anti-Kriegs-„Bürgerorganisation für eine gesunde Welt“ (Sane) vergangenen Dienstag vor dem Haus des US-Verteidigungsministers Melvin Laird in Washingtons Prominenten-Vorort Kenwood. Um gegen die Bespitzelung von Gruppen der nationalen Friedensbewegung und militanter Farbiger durch einen Nachrichtendienst der Armee zu protestieren, umstellten die „Anti-Schnüffler“ („International Herald Tribune“) — zum Teil mit Trenchcoats und großen Hüten kostümiert — den Minister-Wohnsitz, installierten Spielzeug-

Fernrohre, hantierten mit Tonbandgeräten und Photoapparaten und befragten Nachbarn: „Sie wissen nicht zufällig, ob sie (die Lairds) irgendwelches subversives Schrifttum bekommen?“ Die 40-Minuten-Demonstration blieb ungestört — kein Polizei-Kommando griff ein, und die zwei vor der Tür wachenden Geheimdienstbeamten sahen dem Observierungs-Treiben tatenlos zu. Grund: Im Haus waren lediglich einige Familienmitglieder und Lairds Hund — der Minister konferierte fernab des Geschehens im Pentagon.